

Cocoy Tulawie und die Kriminalisierung von MenschenrechtsverteidigerInnen in den Philippinen

von
Dominik
Hammann

Dominik Hammann arbeitet zurzeit als Landeskoordinator für das International Peace Observers Network in den Philippinen.

Es war ein Montagmorgen. Richterin Magdoza-Malagar hatte die Urteilsverkündung für 10 Uhr angesetzt. Eigentlich hätte das Urteil bereits am vergangenen Freitag gesprochen werden sollen, doch hatte Präsident Aquino den 17. Juli 2015 wegen des *Id al-Fitr*, des muslimischen Fests des Fastenbrechens, zum Nationalfeiertag erklärt. Drei weitere Tage im Gefängnis würden den Kohl auch nicht mehr fett machen, so Tulawie. Familie, Freunde und UnterstützerInnen hatten sich bereits gegen 8 Uhr am Gerichtsgebäude versammelt. Freundliche aber angespannte Begrüßungen wurden ausgetauscht. Die Tore öffneten sich und es ging zum Gerichtssaal.

Gut zwei Stunden später wurde das Urteil verlesen: »Not guilty« (»nicht schuldig«). Für Temogen »Cocoy« Tulawie war es das Ende eines mehr als zwei Jahre andauernden Verfahrens und das Ende von dreieinhalb Jahren Inhaftierung.

Der Fall Tulawie

Cocoy Tulawie gehört einer der prominentesten Familien der Sulu-Inseln an. Er hatte daher das Privileg, Mitte der 1980er Jahre auf eine Universität nach Manila geschickt zu werden, wo er Islamstudien belegte. Sein Apartment wurde in dieser Zeit zu einem Treffpunkt für junge *Moros*, die abseits ihrer Heimat gemeinsam Zeit miteinander verbringen wollten. Hier hatten sie die Möglichkeit, über den Islam, den Konflikt um die Bangsamoro-Region und familiäre Rivalitäten zu diskutieren. Bereits Ende der 1980er Jahre waren die Tulawies in Konflikte mit anderen Familien-Clans auf Sulu wie den Tans verstrickt. Während sich Familienangehörige im Süden des Landes bekämpften, reichten sich deren Nachkommen in Manila die Hände. Es herrschte die einhellige Meinung, dass sie gleichermaßen unter der Unterdrückung ihres Volkes litten und dass dagegen etwas getan werden müsse. Tulawie kam dabei nicht umhin zu erkennen, dass auch seine Familie ein Teil des Problems darstellte.

Nach seinem Studium ging Tulawie Anfang der 1990er Jahre zurück in seine Heimat. Es war eine Zeit politischen Umbruchs in der Sulu-Region. Die *Moro National Liberation Front* (MNLF), die seit Ende der 1960er Jahre für die Unabhängigkeit des Bangsamoro kämpfte, hatte beträchtlich an Größe und Einfluss verloren. Ihr Gründer *Nur Misauri* befand

sich zunächst im Exil und die sich anbahnende Einigung mit dem damaligen Präsidenten *Fidel Ramos* auf politische Teilautonomie des Bangsamoro fühlte sich für viele Menschen wie ein an Verrat an der eigentlichen Sache an. Aus dieser Stimmung heraus gründete sich u. a. die Gruppe *Abu Sayyaf*, deren Gründungsmitglieder einige von Tulawies engsten Vertrauten waren. Auch er dachte darüber nach, sich der Gruppierung anzuschließen, doch gab es zu viel, was er für unvereinbar mit seinen Überzeugungen erachtete. Er verurteilte die Ansicht der *Abu Sayyaf*, alle Christen seien feindliche Unterdrücker, und er missbilligte die Methoden des Kidnapping und des Erpressen von Lösegeldern.

Tulawie entschied sich, einen anderen Weg zu gehen. Er und einige andere Gleichgesinnte wollten den Kreislauf der Gewalt durchbrechen und statt dessen Stift und Stimme gegen die Unterdrückung ihres Volkes einsetzen. Er gründete die Menschenrechtsorganisation *Bawgbug* (Tausug für: »schützen, unterstützen, helfen) und machte auf soziale Missstände in der Sulu-Region aufmerksam. Eines der selbsterklärten Ziele war es, den Menschen eine Alternative zum Griff zur Waffe aufzuzeigen. Zusammen mit seinen MitstreiterInnen stieß Cocoy Tulawie Kampagnen zur Demokratisierung lokaler Politik an, forderte Transparenz und die Einhaltung bürgerlicher Freiheitsrechte in der Region. Als der damalige Gouverneur *Abdusakur Tan* 2009 den Notstand ausrief und versuchte, ein umstrittenes Ausweissystem einzuführen, klagte Tulawie bis vor das oberste philippinische Gericht, den *Supreme Court*.

Weil er öffentlich Stellung gegen *Tan* bezog, wurde Tulawie 2009 nach einem Bombenanschlag auf den Gouverneur als dessen Drahtzieher beschuldigt. 2012 wurde er in *Davao* verhaftet und wegen versuchten Mordes angeklagt. Das Verfahren wurde zunächst von Sulu nach *Davao* und anschließend nach Manila verlegt. Nach mehr als eineinhalb Jahren Haft begann der Prozess. Anfangs noch unbekannt, entwickelte sich der Fall, insbesondere in Manila, zu einem der prominentesten Fälle kriminalisierter MenschenrechtsverteidigerInnen in den Philippinen. Internationale Akteure wie das *Akti-*



In Gelb: Temogen »Cocoy« Tulawie im Gefängnis in Manila. Foto: Dominik Hammann, 2015

onsbündnis Menschenrechte Philippinen (AMP), das *International Peace Observers Network* (IPON), die *Asian Human Rights Commission* (AHRC) und auch die *Europäische Union* (EU) begleiteten und arbeiteten zu dem Fall.

Das Verfahren wurde insgesamt fair und zügig durchgeführt. Dies lag zum einen an der internationalen Aufmerksamkeit, die der Fall erregte. Neben den genannten internationalen Organisationen setzten sich auch einige Mitglieder des Bundestags mit Briefen an die philippinische Regierung für Tulawie ein. Zudem wurde Tulawie von mehr als 400 Personen durch eine Online-Petition unterstützt.

Auch hatte Tulawie das Privileg, von einer Reihe renommierter AnwältInnen vor Gericht vertreten zu werden. Ihr Verdienst war unter anderem die Einigung mit der Staatsanwaltschaft und der Richterin, sog. *Marathon-Hearings*, Verhandlungen in engen, zeitlichen Abständen, festzulegen. So dauerte der Prozess von Verlesung der Anklageschrift bis zur Urteilsverkündung nur eineinhalb Jahre.

Zu guter Letzt ist der Erfolg im Tulawie-Fall ein Verdienst der verhandelnden Richterin. Keine der Parteien stellte je einen Befangenenantrag. Von Beginn des Prozesses bis zur Urteilsverkündung strahlte Richterin Magdoza-Malagar Unparteilichkeit aus.

Die systematische Kriminalisierung von MenschenrechtsverteidigerInnen

Als MenschenrechtsverteidigerInnen (MRV) werden jene Personen und Gruppen bezeichnet, die sich wie Tulawie gewaltfrei für ihre und die Rechte anderer einsetzen. Dies müssen sie häufig mit dem Preis ihrer eigenen Sicherheit bezahlen. Durch die Verabschiedung einer Erklärung zum Schutz von MRV schreiben die *Vereinten Nationen* MRV deshalb eine besondere Schutzbedürftigkeit zu.

Nach fünf Jahren unter Präsident Aquino ist die Anzahl an Fällen außergerichtlicher Tötungen, Folter und dem sog. Verschwindenlassen, insbesondere im Vergleich zu seiner Vorgängerin Gloria Macapagal-Arroyo, zwar rückläufig, jedoch sehen zivilgesellschaftliche Organisationen hierin einen bewussten Strategiewechsel »*from violence to jail*« (»von Gewalt zu Gefängnis«). Menschenrechtsverletzungen stehen demnach weiter an der Tagesordnung. Geändert hat sich lediglich die Art und Weise, wie gegen MRV vorgegangen wird und diese ist so kreativ und vielseitig wie erschreckend.

Umwelt- und MenschenrechtsaktivistInnen, die sich gegen große Entwicklungsprojekte zur Wehr setzen, werden mit sog. *Strategic Lawsuits against Public Participation* (SLAPP: »Strategische Anklage gegen öffentliche Partizipation«) überzogen. Friedlich Demonstrierende werden willkürlich inhaftiert.

Kleinbauern, die gegen den Widerstand früherer GroßgrundbesitzerInnen ihr Recht auf Land geltend machen, werden wegen angeblichem illegalem Abholzen oder Kokosnuss-Diebstahl verklagt. Und politisch unliebsame Personen wie Cocoy Tulawie sehen sich mit sog. »*trumped-up charges*« (»erdichteten Anklagen«) konfrontiert. Damit diese ihre volle Wirkung erzielen, werden die Betroffenen wegen Verbrechen wie Mord, bewaffnetem Raubüberfall oder Terrorismus angeklagt: Verbrechen, für die in der Regel keine Kautions beantragt werden kann. Einmal in Untersuchungshaft, werden Verhandlungstermine und Anhörungen bewusst verschoben und in die Länge gezogen. Gerichtsverfahren erstrecken sich über viele Jahre und die Betroffenen bleiben in der Zwischenzeit inhaftiert.

Kriminalisierungsoffer sehen sich mit beträchtlichen, zeitlichen und finanziellen Kosten konfrontiert, die langwierige Gerichtsverfahren mit sich bringen. Sie werden an der Fortführung ihrer Arbeit gehindert und erst einmal inhaftiert, verlieren ihre Arbeit und somit ihr Einkommen. Das gezielte Hinauszögern von Gerichtsverfahren beraubt Betroffene ihrer persönlichen Freiheitsrechte und entzweit Familien und Freunde oft für Jahre. Kriminalisierte MRV leider daher gleichermaßen an den Folgen wie ihr persönliches und soziales Umfeld. Es existiert zwar ein Gesetz zur Entschädigung von unrechtmäßiger Inhaftierung, doch der Weg der Antragstellung ist zeit- und kostenintensiv. Opfer dürfen dabei auf eine Kompensationszahlung von umgerechnet etwa 20€ pro inhaftierten Monat hoffen, maximal jedoch etwa 200€, unabhängig von der Länge der Haftzeit.

Da es nur eine zusätzliche zeitliche und finanzielle Belastung darstellen würde, leiten Opfer nur selten rechtliche Schritte gegen die Verantwortlichen ein. So trägt eine Kultur der Straflosigkeit dazu bei, dass sich die repressive Strategie ungehindert fortsetzt.

Für die philippinische Gesellschaft hat die Kriminalisierung von MRV zur Folge, dass die Zivilgesellschaft systematisch geschwächt wird. Nichtregierungsorganisationen und deren Mitglieder verlieren zudem das Vertrauen in staatliche Institutionen und die Regierungsbehörden. Dies führt letztlich zu einer Destabilisierung des politischen Systems und zu einer Verschärfung bestehender Konflikte.

Eine strukturelle Ursache für die systematische Kriminalisierung von MRV ist, dass eine Vielzahl von Fällen vor Gericht nur auf Grundlage von Zeugenaussagen verhandelt wird – ein Nährboden für Einflussnahme und Manipulation, insbesondere in politisch motivierten Fällen und unter Beteiligung von einflussreichen Akteuren.

Oft bleibt es jedoch nicht bei willkürlichen Verhaftungen oder fabrizierten Anklagen. Insbesondere Aktivisten und progressive Organisationen werden häufig als Mitglieder der *Communist Party of the*

Philippines und/oder ihrem bewaffneten Flügel, der *New People's Army*, gebrandmarkt. Wer sich gesellschaftlich engagiert, wird von Polizei und Militär kurzerhand zum Kommunist, Terrorist oder Staatsfeind deklariert. Unter anderem werden so staatliches Vorgehen und schwere Menschenrechtsverletzungen wie außergerichtliche Tötungen, Folter oder das sog. Verschwindenlassen vor allem gegenüber der eigenen Bevölkerung gerechtfertigt.

Staatliche Maßnahmen

Philippinische Menschenrechtsorganisationen fordern die Regierung bereits seit 2011 auf, gegen das Kriminalisieren von MRV aktiv vorzugehen. Diese zeigt sich zwar gesprächsbereit und handlungswillig, doch selbst die wenigen Maßnahmen, die seitdem ergriffen worden sind, scheiterten spätestens an der Umsetzung durch die jeweiligen Institutionen und erwiesen sich als wenig wirkungsvoll.

So ist bereits 2013 ein Gesetz zum Schutz von MRV im philippinischen Parlament eingebracht worden, dessen Verabschiedung allerdings nicht abzusehen ist. Das Justizministerium hat zudem diverse Direktiven an die Staatsanwaltschaften erlassen, etwa gegen den Missbrauch von sog. *John/Jane Doe Warrants* (Haftbefehle gegen Unbekannt) und in Bezug auf landkonfliktbezogene Anklagen gegen Kleinbauern. Aus den Menschenrechtsbüros, die bei Polizei und Militär eingerichtet wurden, kommen in regelmäßigen Abständen Erklärungen, dass MRV nicht mehr gebrandmarkt werden oder dass es sich um isolierte Einzelfälle handele. Diese Äußerungen gehen jedoch an der Realität vorbei; ein Umdenken innerhalb des philippinischen Sicherheitssektors scheint in den vergangenen Jahren nicht erfolgt zu sein.

All diese Maßnahmen erzielen auch deswegen nicht die gewünschte Wirkung, da zwischen dem, was in Manila geschieht und den Lebenswirklichkeiten vieler Filipin@s, insbesondere in den weit abgelegenen Regionen, eine große Kluft besteht. Möglicherweise erklärt dies den Widerspruch, dass die Philippinen nahezu alle relevanten, internationalen Menschenrechtsabkommen unterzeichnet haben und dennoch eines der Länder mit der schlechtesten Menschenrechtsbilanz in Südostasien sind. So stuft die *International Federation of Journalists* die Philippinen seit mehreren Jahren hinter Syrien und dem Irak als weltweit drittgefährlichstes Land für JournalistInnen ein.

Grund zur Hoffnung

Nichtsdestoweniger ist Cocoy Tulawies Freispruch ein Zeichen der Hoffnung für philippinische MRV – für Kleinbauern, für Indigene, für Umwelt- und Men-



schenrechtsaktivistInnen, für Gewerkschafter und JournalistInnen.

Menschenrechtsorganisationen wie die *Philippine Alliance of Human Rights Advocates* überlegen nun, aus Cocoy Tulawies Fall einen Präzedenzfall für zukünftige Fälle fabrizierter Anklagen gegen MRV zu machen. Internationale Organisationen wie das AMP und IPON arbeiten in diesem Jahr zudem verstärkt daran, nationale und internationale Öffentlichkeit für das Thema zu schaffen und philippinisch-staatliche Akteure an ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen zu erinnern, Menschenrechte zu achten, zu schützen und zu gewährleisten.

Cocoy Tulawie hat sich von dreieinhalb Jahren Haft nicht abschrecken lassen, seine Menschenrechtsarbeit fortzusetzen. Bei aller Freude über die wiedergewonnene Freiheit ist er sich der Bedeutung seines Falls und der Chance, die sich daraus für viele weitere Betroffene ergibt, bewusst. Gerne würde er jetzt mit seinen Kindern, seiner Frau und seinen Freunden die Momente nachholen, die er in den letzten dreieinhalb Jahren verpasst hat. Doch spürt er auch den Druck und die Erwartungen, die sich an ihn richten. *»Ich kann dem Ruf der Leute nicht den Rücken zukehren«*. Am 16. Oktober reichte er deswegen seine Kandidatur zum Gouverneur ein. Sein erklärtes Ziel ist es, *»die Macht dem Monopol einer Familie zu entziehen und sie dorthin zurückzubringen, wo sie rechtmäßig hingehört – zu den Menschen des Lupah Sug«* (*»Land der Strömungen«*, wie Sulu vor Ort genannt wird). Bei den Wahlen im Mai kommenden Jahres wird er dann gegen jene Familie antreten, die ihn für dreieinhalb Jahre hinter Gittern brachte; jene Familie, die durch seinen Freispruch ihren Status als unbezweifelbar verlor.

»No more yellow!« (*»Nie wieder Gelb!«*), sagte Tulawie eine Woche nach seiner Entlassung scherzhaft, in Anspielung auf die gelbe Kleidung, die Gefängnisinsassen in Manila tragen müssen. Die Hoffnung existiert, dass sich dies nicht nur für ihn, sondern eines Tages für alle MRV in den Philippinen bewahrheitet.

In Rot: Temogen
»Cocoy« Tulawie
mit Kandidatur-
partner Hadji
Munib Estino
und Comelec-
Mitarbeiter Atty.
Vidzar Julie
Comelec.
Foto: Dominik
Hammann, 2015